

Bezugspreis: Vierteljährl. 4.-, Halbjährl. 7.-, Monatl. 1.-, ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 5. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Meutereien in Posen.

Wie in diesen Tagen über Thorn gemeldet wurde, hat der ...

Der Grund dieser Unruhe ist in der von Tag zu Tag stärker ...

Adel und Geistlichkeit sind Trumpf. Das erfieht man am besten ...

Während blühende Leutnants über 900 M. monatlich erhalten ...

Sprengversuch der Internationale durch die U. S. P. D.

Die Diktatur des Proletariats in Luzern abgelehnt.

Luzern, 4. August. In der Fortsetzung der Kommissionsberatung ...

Louquet (Frankreich) schloß sich im großen und ganzen diesen Ausführungen an.

In der Kommission für die Organisation der Internationale machte Crispian weitere Ausführungen nach der Richtung, sich für die Diktatur des Proletariats auszusprechen.

Otto Wels

trot den Ausführungen Hilferdings entgegen und widerlegte seine Behauptungen über die Entstehung der Revolution ...

Kein Wunder daher, daß die Soldaten meutern. Die Augen sind ihnen geöffnet über die Bestrebungen der Regierenden im freien und gleichen Polen.

Schlummer noch als im Polesischen sind die Zustände in Kongresspolen. Dort beträgt die Löhnung gar nur 1,50 Mark.

Dabei jagt in Warschau ein Pest das andere, Champagner fließt und Seide rauscht.

Wie wenig sozialdemokratische Empfinden die polnischen Machthaber besitzen, zeigen mit erschreckender Deutlichkeit Bedingungen, unter denen die in Frankreich formierten Haller-Soldaten angeworben wurden.

Kein Wunder daher, daß den polnischen Soldaten allmählich die Schuppen von den Augen fallen.

Aber die polnischen „Volksgelücker“ sind wie mit Blindheit geschlagen. Sie glauben mit Strafen, Verhaftungen, Unterdrückung der öffentlichen Meinung, mit allen Mitteln des früheren zaristischen Regiments, die „Belle Sol“ zur Raison zu bringen.

Hilferding darauf hin, daß die Unabhängigen unter dem Diktat der Kommunisten stehen und unter diesem Einfluß jetzt auch die Internationale sprengen wollen.

Auch Eduard Bernstein wandte sich gegen Hilferding. Er betonte u. a., daß die deutsche Volkswirtschaft auf die Tätigkeit der Unternehmer noch nicht verzichten könne.

In der Organisationskommission wurde der Antrag Crispian zugunsten einer Erklärung für die Diktatur des Proletariats mit allen gegen die Stimme Crispian abgelehnt.

An der Konferenz nehmen nach der vorläufigen Anwesenheitsliste teil:

- England: Henderson, MacDonald; Frankreich: Renaudel, ...

Beginn der preussisch-polnischen Verhandlungen. Die „P. P. N.“ erfahren, daß die Verhandlungen zur Regelung des Übergangs der abzutretenden Gebiete ...

Gegenrevolutionäre Pläne.

Die Gegner der neuen Republik werden nicht müde, immer zu neuen Mitteln zu greifen, die ihnen geeignet erscheinen, der gegenwärtigen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten ...

Die Leute, die solche Behauptungen aufstellen, handeln aus geradezu erschreckender Unkenntnis heraus oder aber sie handeln wider besseres Wissen.

So behauptet eine gewisse Marie Diers in der „Täglichen Rundschau“, daß die Regierung nichts für die Befangenen getan hätte, daß insbesondere dem Minister Erzberger absolut nichts an dem Schicksal der Befangenen gelegen sei.

Kaum jemals ist die Wahrheit in so dreister Weise auf den Kopf gestellt worden, wie dies in den Auslassungen der Marie Diers geschieht.

In die gleiche Kerbe schlägt der „Volkshund“ zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, eine Gründung von Offizieren, die heute Mittel anwenden, die außerordentlich bedenklich sind.

Die Herrschatten, die heute gegen die Regierung Sturm laufen und sich zu diesem Zwecke der Kriegsgefangenen und ihrer Angehörigen bedienen, kennen natürlich den Inhalt des Friedensvertrages ganz genau, und sie wissen recht gut, daß im Friedensvertrag vorgesehen ist, daß der Rücktransport der Befangenen mit möglichst Beschleunigung erfolgen soll.

Die Regierung hat neuerdings wieder mit aller Entschiedenheit darauf gedrängt, daß endlich die Hauptkommission eingeleitet werden möge, die den Rücktransport der Befangenen zu regeln hat.

Nun schreit man in allen Tonarten, die Regierung müsse einen Druck ausüben, ohne aber zu sagen, welche Mittel der Regierung hierzu zur Verfügung stehen. Man deutet an, die Regierung hätte für die Kriegsgefangenen freie Arbeiter stellen müssen, d. h. man müsse deutsche Arbeiter zur Sklavenarbeit in die zerstörten Gebiete senden. Dabei haben die Ententemächte selbst zugestanden, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in einem Zusammenhang stehen soll mit der Heimführung der Kriegsgefangenen.

Deutschland verlangt die rasche Heimführung der Kriegsgefangenen. Das ist die eine Frage. Die andere Frage ist die, wie soll der Wiederaufbau bewerkstelligt werden? Auch über diese Frage war es bisher nicht möglich, wie der Reichskommissar für Kriegs- und Zivilgefangene auf Grund aktenmäßigen Materials am Freitag in der Nationalversammlung dargelegt hat, mit den Franzosen zu direkten Verhandlungen zu kommen. Diese direkten Verhandlungen sind erst jetzt aufgenommen worden, und sie scheinen ein günstiges Resultat zu versprechen. Auf den Plan, deutsche Arbeiter etwa zwangsweise zur Sklavenarbeit zu deportieren und damit Kriegsgefangene auszuweichen, konnte die Regierung nicht eingehen. Eine solche Abmachung würde allen Begriffen von Völkerrecht, Humanität und Menschlichkeit ins Gesicht schlagen. Diese beiden Fragen müssen streng auseinander gehalten werden, denn sie stehen, wie selbst im Friedensvertrag anerkannt ist, in keinerlei Zusammenhang miteinander.

Bei den Gefangenen und bei ihren bekümmerten Angehörigen soll nun der Eindruck erweckt werden, als ob reaktionäre Kreise, die den Massen des deutschen Volkes immer feindselig gegenüberstanden haben, die Aufgabe lösen können, die Gefangenen eher heimzubringen. Diese Kreise wissen natürlich ganz genau, daß ihnen das nicht möglich ist, aber für sie handelt es sich nur darum, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Wenn der Volksbund, vor allen Dingen in einer Polemik gegen den „Vorwärts“, darauf hinweist, daß im Volksbund auch Tausende von Parteigenossen organisiert sind, so ist dazu nur zu sagen, daß man unterscheiden muß zwischen den Ortsgruppen des Volksbundes und einer gewissen Gruppe in seiner Berliner Leitung. Unsere Parteigenossen, die in den Ortsgruppen des Volksbundes mitarbeiten — und die Tätigkeit dieser Ortsgruppen für den Empfang der Kriegsgefangenen ist ohne weiteres anzuerkennen — sind natürlich nicht damit einverstanden, daß diese ganze Bewegung zu einer Hege gegen die Regierung mißbraucht werden soll, und sie werden, sobald sie entsprechend aufgeklärt sind, den reaktionären Elementen zweifellos zu erkennen geben, daß sie dieses Treiben in der schärfsten Weise verurteilen.

Die Regierung der Republik hat mit Beginn dieses Jahres die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene geschaffen. Diese Reichszentralstelle hat seit ihrem Bestehen Gewaltiges geleistet auf dem Gebiete der Unterstützung der Gefangenen. Die neue Regierung hat mehr Aufwendungen im Interesse der Gefangenen gemacht, als früher aufgewendet worden sind. Was hat demgegenüber der Volksbund direkt für die Gefangenen geleistet? Wenn man die Unsummen, die für überflüssige Blafate und ähnliche Dinge ausgegeben worden sind, der Regierung zur Unterstützung der Gefangenen zur Verfügung gestellt hätte, dann wäre damit den Intentionen der Geldgeber weit besser entsprochen worden. Wenn der Volksbund sich für die Unterstützung der Gefangenen einsetzen will, dann wird seine Mitarbeit den mit der Fürsorge betrauten Stellen sicher immer willkommen sein. Wenn diese Organisationen über ihre Existenzberechtigung dadurch zu beweisen sucht, daß sie mit der absolut unwahren Behauptung haufieren geht, Regierung und Nationalversammlung hätten ihre Pflicht den Gefangenen gegenüber versäumt und alles,

was sie getan haben, sei nur auf Drängen des Volksbundes geschehen, so muß dieser Ueberhebung und Unwahrhaftigkeit mit allem Nachdruck entgegengetreten werden.

Man darf sich darauf verlassen, die Regierung wird kein Mittel unversucht lassen, um den Gefangenen so rasch als möglich Erleichterung zu bringen; aber sie hat nicht die Macht und nicht die Möglichkeit, die Gegner zu zwingen, in eine frühere Herausgabe der Gefangenen zu willigen. Daß jetzt die Internierten aus der Schweiz in die Heimat zurückkehren können, das ist ein Erfolg der Tätigkeit der Regierung. Allerdings ein Erfolg, dem monatelange, mühevollste Arbeit vorangegangen ist.

Man möge an den Maßnahmen der Regierung Kritik üben, aber die Regierung und die Massen des deutschen Volkes haben die unbedingte Pflicht, jenen Elementen entgegenzutreten, die unter dem Vorgeben, den Kriegsgefangenen helfen zu wollen, in Wirklichkeit eine Stärkung der reaktionären gegenrevolutionären Strömungen herbeiführen wollen.

„Generalstreik der Kalibarbeiter.“

Eine neue Fribolität.

Aus dem mitteldeutschen Kalibevier wird uns geschrieben:

Eine in den weitesten Kreisen der Kalibarbeiter unbekannt „Verhandlungskommission“ hat an die Belegschaften ein Flugblatt verschickt, durch welches sie zum „Generalstreik am 1. August“ aufgefordert werden. Das geschieht, nachdem eine Woche vorher von den Verbänden der Bergarbeiter, Fabrikarbeiter, Seizer und Maschinisten und Metallarbeiter mit dem Arbeitgeberverband der Kalindustrie ein Tarifvertrag abgeschlossen wurde, der zum erstenmal die Wirtschaftsverhältnisse der gesamten deutschen Kaliberarbeiter regelt.

Jahrelang ist von Seiten der Arbeiter nach diesem Ziel gestrebt worden. Die tariflichen Errungenschaften werden noch verbessert werden müssen. Etwas „Vollkommenes“ soll erst einmal erreicht werden. Aber der Tarif gibt den Kaliberarbeitern schon solche Verbesserungsgarantien, daß eine große Reihe von Belegschaften sich mit ihm einverstanden erklärt hat. Selbstredend mit Vorbehalt weiterer Ausgestaltung.

Das konnte die „Verhandlungskommission“ nicht übertragen. Ihr „geistiger“ Führer, ein früherer Steiger Peters (Halle), der in diesem Frühjahr die mitteldeutschen Braunkohlenbergleute in frivoler Weise über die Zustände des damaligen Arbeitsministers Bauer getäuscht und sie so in den Generalstreik gebracht hat, fand sich am 29. Juli in Weimar bei dem Arbeitsminister Schlicke ein, um ihm die unabhängig-kommunistischen Forderungen der „Verhandlungskommission“ zu unterbreiten. Schlicke erklärte durchaus sachlich, es sei eben erst für die Kalindustrie ein Tarifvertrag abgeschlossen; wenn darüber Streitigkeiten herrschten, so sei er gern bereit, verhandelnd zu wirken, sowie das von den Vertragsschließenden gewünscht würde. Dem läßt er entgegen.

Daraufhin hat die Petersische „Verhandlungskommission“ das erwähnte Flugblatt mit Beschimpfung Schlickes herausgegeben. Wir wissen, daß es zahlreiche Belegschaftsvertreter abgelehnt haben, im Sinne des „Generalstreiks“-Bampfleits zu handeln. Wer die „Generalstreik“-Propaganda, die nicht unbedeutenden Flugblattkosten und die übrigen „persönlichen“ Ausgaben bezahlt, das mögen die Götter wissen. Wer hat ein Interesse an einem „Generalstreik“ der Kaliberleute? Diese selbst sind in den als unabhängig-kommunistische „Hochburgen“ bekannten Orten der „Verhandlungskommission“ gefolgt.

Mit der Kaliausfuhr, die demnächst in großem Umfange beginnen soll, müssen wir unsere Lebensmittelleinfuhr bezahlen. Nun wird das natürlich durch den „Generalstreik“ verhindert, obgleich in dem Flugblatt über die schlechte Ernährung der Arbeiter geklagt wird. Man will also die Ernährung verbessern durch das Abschneiden der Lebensmittelzufuhren! Die Kalibarbeiter sollen und müssen mehr Lohn haben, statt dessen veranlaßt eine unverantwortliche „Verhandlungskommission“ die Kalibarbeiter, vielleicht wochenlang ohne Lohn zu sein. Dieses frivole Treiben nennt sich „Verbesserung der Arbeiterlage“.

Die Sache liegt aber noch viel schlimmer. Die Zahl unserer Kaliberwerke ist fast 200. Schon lange streben Werkbesitzergruppen hin auf eine Stilllegung solcher Werke, die zurzeit unrentabel sind wegen ihrer geringen Quote. Mit der Hälfte der besten Werke gebenden die Unternehmer das Kaliberbedürfnis ausreichend befriedigen zu können, indem die Betriebe konzentriert werden. Tatsächlich liegen ja auch viele Kaliberwerke still oder arbeiten sehr eingeschränkt wegen Kohlen- und Waggomangel. Ausgerechnet um diese Zeit proklamiert die „Verhandlungskommission“ des unabhängigen Herrn Peters den „Generalstreik“ der Kalibarbeiter!

Auf großen Werken lagern ganz bedeutende Vorräte an Rohsalzen und Chloralkalium, weil die Eisenbahnwagen für die Abfuhr fehlen. Es machte unter diesen Umständen den Werksunternehmern nichts aus, wenn der „Generalstreik“ einlegt; können sie doch auf diese bequeme Weise zu einer vorübergehenden Stilllegung der Betriebe, ohne daß sich deren wirtschaftliche Lage nennenswert verschlechterte. Streikschriften werden die Unternehmer nicht zahlen laut Beschluß ihrer Vereinigung. Sie wollte ohnehin schon zeitweilige oder auch auf längere Zeit Betriebseinstellungen wegen Kohlen- und Waggomangel vornehmen. Ausgerechnet jetzt führt der Wirtschaftsstrategie Peters und seine unabhängig-kommunistischen Hallenser Freunde die Kalibarbeiter in den „Generalstreik“. Es kann leicht dahin kommen, daß die von kürzlich noch gelben oder „reichtreuen“ Phrasenmodernen mißleiteten Arbeiter sich totstreiken und dann zusehen müssen, wo sie anderwärts unterkommen.

Das alles geschieht nur, um den von den Gewerkschaften nach vieler Mühe zustande gebrachten Tarifvertrag zu zerreißern, damit wieder der unregelmäßige Zustand eintritt, der den unabhängigen Kommunisten Handhaben für ihre Tollhausexperimente bietet.

Ausbreitung des Streiks in den Kalibevieren.

Aus Halle wird den „F. V. R.“ gemeldet: In den Kalibevieren Deutschlands nimmt der Streik weitere Ausdehnung an. Es streiken etwa zwei Drittel aller Werke, darunter dreißig kalifische, nämlich Leizerode, Klein-Codungen und Staßfurt. Woher ist alles ruhig geblieben.

Versagen der Generalstreikparole im Ruhrgebiet.

M. L. V. meldet:

Die Belegschaft der Zeche Dietzberg, die als einzige Belegschaft des Ruhrkohlenfeldes auf die Aufforderung der Kommunisten und Unabhängigen hin zur Unterstützung der Forderung auf sofortige Freilassung der in Sauphast genommenen politischen Gefangenen in den Generalstreik getreten war, nahm heute die Arbeit bedingungslos wieder auf.

Damit ist dieser Versuch der Unabhängigen und der Kommunisten, vermittelt aufgedauelter und verzerrter Schilderungen des Loos der politischen Gefangenen, die Arbeiterchaft in einen Generalstreik zu legen, glücklicherweise fehlschlagen. Langsam scheint in der Arbeiterchaft die Erkenntnis zu reifen, daß sie nicht ihre Sache verfehlt, wenn sie sich von jenen Herren leithammeln läßt.

Eine Schülerabstimmung über die Gemeinschaftsschule.

In Dänemark bestehen nebeneinander die beiden Formen der „Sonderschule“ und der „Gemeinschaftsschule“. In jener werden die Geschlechter für sich, in dieser beide zusammen unterrichtet. Nun hat ein dänischer Schulmann, Herr Wilhelm Rasmussen, den Versuch gemacht, die Ansichten der Schüler über die Wirkungen der Gemeinschaftsschule zu ermitteln. Zu die dem Zwecke hat er eine Art Schülerabstimmung veranstaltet, und zwar in der Form, daß er den Schülern und Schülerinnen von vier Mittelklassen einer Gemeinschaftsschule, sowie auch denen der darauf sich aufbauenden, gleichfalls beiden Geschlechtern gemeinsamen Realklassen einen Aufsatz aufgab, dessen Thema lautete: „Wie ich über den Besuch der Gemeinschaftsschule für Knaben und Mädchen und warum ich so denke.“ Die Zahl der brauchbaren Antworten, die aus den eingelaufenen Aufsätzen zu gewinnen waren, belief sich auf 432, und nun gibt Herr Rasmussen in der dänischen Zeitschrift „Læreren“ einen Bericht über den Ausfall dieser Schülerabstimmung, der recht interessant ist.

Um das Hauptergebnis gleich vorweg zu nehmen, so geht es dahin, daß bei weitem die Mehrzahl der Schüler sich als Anhänger der Gemeinschaftsschule bekannt haben, und ferner, daß die der Gemeinschaftsschule günstige Stimmung mit den Jahren beträchtlich steigt. Die Zahlen sind die folgenden: In den vier Mittelklassen, nach den aufsteigenden Jahrgängen aufgezählt, haben sich für die Gemeinschaftsschule ausgesprochen — in I: 67 Schüler oder 88,7 v. H., in II: 72 Schüler oder 78,6 v. H., in III: 80 Schüler oder 83,7 v. H., in IV: 140 Schüler oder 88,8 v. H., und schließlich in den Realklassen 78 Schüler oder volle 95,9 v. H. Was das Verhältnis der beiden Geschlechter bei dieser Abstimmung angeht, so erübrigt es sich, hier die einzelnen Zahlen anzuführen, und es genügt die Mitteilung des Endergebnisses: daß nämlich die Mädchen in erheblich höherem Grade als die Jungen die Gemeinschaftsschule bevorzugen. In der einzigen Klasse, wo das Verhältnis nicht so lag, besteht nachweislich ein nicht gerade günstiges Verhältnis zwischen Schülern und Schülerinnen.

Wichtiger als die Abstimmung sind nun auch die Begründungen, die die abstimmenden Schüler für ihre Meinungsäußerung angeführt haben. Herr Rasmussen hat sie in einer Tabelle zusammengestellt. Am häufigsten, nämlich 95 mal, wird die in der Gemeinschaftsschule zu erreichende gegenseitige Kenntnis, Achtung und Kameradschaft als deren Vorzug angeführt. 64 mal wird der Wettbewerb zwischen beiden Geschlechtern und der daraus hervorgehende größere Fleiß hervorgehoben. 51 mal wird das bessere Betragen betont, 44 mal wird auf die gegenseitige Beeinflussung und Belehrung der beiden Geschlechter Wert gelegt. In 37 Fällen wird auf die gemeinsamen Freuden beider Geschlechter, z. B. Wanderausflüge, hingewiesen, und 20 mal ausgeprochen, daß das Schulleben in der Gemeinschaftsschule unterhaltender sei. Unter den weiteren, wenn auch in einer kleineren Anzahl angeführten Begründungen treten auf: größere Ordnung und persönliche Reinlichkeit, gegenseitige Hilfsbereitschaft, Verringerung der Klatsch- und Schwatzsucht der Mädchen, mehr Natürlichkeit und Freimut usw. Herr Rasmussen hebt mit Recht hervor, daß in diesen Motivierungen es ganz überwiegend das innere Verhältnis zwischen den Schülern

beider Geschlechter ist, welches die Stimmung zugunsten der Gemeinschaftsschule entscheidet, und gerade darum ist es natürlich, daß diese mit den Jahren noch steigt.

Volle Einigkeit hat unter den Abstimmenden, wie schon die Zahlen ergeben, nicht geherrscht, und auch die der Gemeinschaftsschule ungünstigen Meinungsäußerungen sind verständlich begründet worden. So schreibt ein Schüler in der vierten Mittelklasse: „Die Interessen von Jungen und Mädchen sind oft sehr verschieden. Dinge, die man für einen Jungen in seine eigene Klasse gehen, so könnte man sicher sowohl in der Mädchen- wie in der Knabenschule die Arbeitszeit besser ausnützen.“ Ein Hinweis darauf, daß das Verhältnis zwischen Knaben und Mädchen zu höflichen Ausartungen führen könne, findet sich vereinzelt, und zwar bei Schülern der Realklassen. Als jedoch Herr Rasmussen einem von diesen Schülern nach Jahresfrist die Frage vorlegte, worum es sich eigentlich dabei gehandelt habe, erklärte dieser, er könne sich nicht mehr darauf erinnern. Es kann also wohl nicht gerade etwas Ernstes gewesen sein, was er bei dieser Niederschrift im Auge gehabt hat.

Die Galerie der modernen Kunst.

Im ehemaligen Kronprinzenpalais wurden am Montag einem Kreise von geladenen Gästen die neuen Ausstellungsräume eröffnet, die der Direktor der Nationalgalerie, Professor Justi, dort zur Entlastung und Fortführung der Nationalgalerie eingerichtet hat. Die Zuweisung des vorderen Teiles des Palais für diese Zwecke ist zwar noch nicht definitiv erfolgt, aber es ist zu erwarten, daß die neuere und neuere Kunst, die in der Nationalgalerie nur noch auf Kosten wertvoller früherer Kunst sich ausbreiten konnte, hier oder in einem anderen freigegebenen Palais eine dauernde Stätte finde.

Die ursprüngliche Idee, eine Galerie der Lebenden zu schaffen, hat man fallen lassen. Ueber die Absichten, die hier verfolgt werden, hat sich Justi vor einiger Zeit des näheren ausgelassen, aber er ist nun doch davon abgewichen. Die Grenze zwischen dem Kunstgut der Nationalgalerie und dem neuen Darfles fällt ungefähr mit dem Aufkommen des Impressionismus zusammen. Was jenseits liegt (der Verbleib ist ausgeschlossen), bleibt im alten Haus, der Impressionismus und was darauf folgt, kam ins neue Haus.

Im ersten Stockwerk sind die Meister des Impressionismus zusammengestellt: Liebermann, Trübner, die Franzosen (Monet, Moret, Renoir, Cézanne, Modin), Sievogt, Corinti.

Einen weniger geschlossenen Eindruck macht das Erdgesch., in dem die weiteren Impressionisten — aber keineswegs alle — ihre Stätte gefunden haben. Die junge Kunst erfüllt das zweite Stockwerk: Neuaufäufe und Zeichnungen. Hier kommen Kirchner, Fedel, Rotzsch, Kolbe, Barisch, Schmidt, Rotluff, Purmann, Marc, Lehndruck zur Geltung. Van Gogh, Gauguin und einige Deutsche gesellen sich hinzu. Hier hat auch Hans Thoma Unterkunft gefunden.

Mit dieser kurzen Orientierung mag es für heute genug sein. Die neue Sammlung ist von Dienstag ab allgemein zugänglich, allerdings die ersten 14 Tage zu einem Eintrittspreis von 1 M. Der Gesamtplan und die im einzelnen vielfach noch als Probatorium anmutende Durchführung bedürfen eingehender Betrachtung und Kritik.

Gustav Sack: „Ein Namenloser“.

Es wurde schon nach des Dichters erstem Werk „Ein verurteilter Student“, das übrigens genügt, den jungen, früh verstorbenen Menschen — auch im vernichteten das Schicksal — bezeugt zu werden, von der Uebermüdung der Philosophie über die Dichtung gesprochen. Aber es ist gerade die Bedeutung der Bücher Sacks, daß selbst sein tiefsteherndes, philosophisches Sein in seinen Werken Dichtung wird — innerhalb der geschlossenen Einheit seiner künstlerischen Expressionen. So ist in dem vom E. Fischer Verlag herausgegebenen „Namenlosen“ die Geschichte einer Seelenliebe der ganze Inhalt des Buches, aber eben, wie diese Liebe geliebt wird, aus untersten Gründen des Menschentums, wie in ihr Welt, Leben, Mensch, Weltum, alle Probleme der Zeit gelöst und dichterisch gefaßt werden, das ist der Inhalt des Buches, darin eine gemarterte und sich martierende Seele klammert sich an die innersten Belanntnisse hinwunderschleudert, sich selbst festern, denkend alles Fühlen und andererseits das eigene Denken wiederum selbst bekämpfend. Allerdings kann so ein Buch nur dem hingebenden Leser, am wenigsten vom Kanonarium verdummenden Parafismus verstanden werden. Das Buch also, das in genialer Kraft und Weisheit die Verhältnisse des Lebens, die Stadt und Landschaft dazu, aufbaut. Der vom Wiederrhein kommende Dichter, der im ersten Buch in selten schönen Stimmungen Heide, Moor und Himmel, Herbsttag und Schönheit der nieder-rheinischen Landschaft malt, hat seine realistische Naturbeobachtung im neuen Werke behalten, in seinen Schilderungen der Garnison, einer Felddienstübung, des Meeres usw. ist er markant und groß, wie vor allem in den groß-mysterischen Bildern seiner ur-haft-erschauernden Bismarck. Erich Bodemann.

Notizen.

— Edward Bohnier, der Präsident der Britischen Akademie der Künste, ist gestorben. Er war ein Vertreter der viktorianischen Zeit, begann als Dichtermaler und wurde schließlich (nach 1850) der Darsteller der offiziellen englischen Welt. Neue Wege, wie sein Jugendfreund Whistler sie einschlug, hat die Malerei ihm nicht zu danken.

— Ausstellung erwerbsloser Künstler. Die Produktiv-Gesellschaft erwerbsloser bildender Künstler eröffnet ihre erste Ausstellung am 10. August in der Ausstellungshalle des Neuen Rathauses zu Schöneberg. Erwerbslose Künstler, die sich an der Ausstellung beteiligen wollen, werden gebeten, ihre Arbeiten am 7. August morgens 9 Uhr in der genannten Halle der Jury vorlegen zu wollen.

— Theater. Im Wallertheater kann Paul Waders Tragödie „Das Gesetz“ nur noch bis zum 20. August aufgeführt werden, da das Theater von diesem Zeitpunkt ab anderweitig verpachtet ist. Die Vorstellungen zeigen jetzt abendlich ein volles besuchtes Haus. Als Buch ist das Drama unter dem Verfassernamen Konrad Terbin im Verlag Henschel u. Co., Magdeburg, erschienen; es kostet 3,50 M.

— Der Kopffische Komet, der im Jahre 1906 entdeckt wurde, ist wieder gesichtet worden. Da er eine Umlaufzeit von 63 Jahren hat, hätte er auch 1912 sichtbar werden müssen, konnte aber damals nicht aufgefunden werden. Er hat diesmal die 10. Größe und bewegt sich im Sternbild des Adlers.

Die Internationale in Luzern.

(Eigener Verhandlungsbericht.)

Luzern, 3. August. **Guyssmans:** Was können wir dafür, wenn gewisse Sektionen auf die von uns angeregte Aktion verzichtet haben. Unsere Berner Deputation wurde von Clemenceau empfangen, überreichte ihm in drei Sprachen das Friedensprogramm, und es fand eine kleine Diskussion statt. Ausführlicher wurde dann später mit Lord Cecil diskutiert. Gegenüber Troelstra sagte Guyssmans: Die soziale Revolution haben wir allerdings nicht gemacht. Generale, die warten können, bis die Situation zum Erfolge reif ist, sind nicht immer geschlagen worden. Vom parlamentarischen Kretinismus sind wir keineswegs befreit. In Southport auf dem Kongress der Labour Party habe gerade ich den Friedensvertrag scharf kritisiert. Auch die esch-lothringischen Genossen haben auf ihrem Kongress

gegen den Friedensvertrag

gestimmt, obgleich er ihr Sohlen nach Anschlag an Frankreich verwickelt. Was die einzelnen Zweige der Internationale wollen und tun, unterscheidet sich nur im Tempo, und darauf gründet sich meine Hoffnung auf die Wiedervereinigung.

Remec (Tschecho-Slowakei): Amerika führt den Kampf gegen den Sozialismus in der Tschecho-Slowakei und in Deutschland mit Gold, indem es Aktien von Industrien kauft, um diese Industrien gegen den Sozialismus zu sichern. 8000 Sozialisten sind in Amerika eingekerkert wegen Reden gegen Militarismus und Imperialismus, die man in Europa ohne weiteres halten kann. Die Internationale darf nicht zu sehr gegen die Bolschewisten auftreten, sonst erhöht sie nur seine Bekanntheit bei den Arbeitern in Deutschland und in der Tschecho-Slowakei sowie in Deutschland und in der sozialistischen Ministerpräsidenten und fast sozialistischer Regierungen nur so wenig für den Sozialismus getan werden kann.

Vandervelde (Belgien): Wenn der Sozialismus heute stärker ist als je und

die Internationale schwächer als je,

wenn das belgische Proletariat erst nach monatelangem Kampfe zugunsten hat, daß wir hierher kommen, wenn die Aktion in Frankreich und England nicht durchgeführt wurde, so darum, weil die Wunden dieser Länder noch offen sind. Die deutschen Mehrheitssozialisten haben den Kaiserismus auch noch unterstützt, als er schon vor aller Welt gekennzeichnet worden war, nur Eduard Bernstein hat den Mut zur Wahrheit und selbst zur Unpopularität gehabt. Aber ihr deutsche Mehrheitssozialisten seid hierher gekommen in dem Gedanken, daß alles ausgedöhnt sein soll, was in diesen fünf Jahren vorgekommen ist. Das ist unmöglich.

Die Frage der Verantwortlichkeiten

muss geklärt werden, vorher kann die Internationale nicht wieder reaktiviert werden. Entweder erhält der nächste internationale Kongress euer Verständnis oder er wird euch verdammen. Schließlich wendet sich Vandervelde gegen ein Entgegenkommen an den Bolschewismus. Die Internationale müsse an dem demokratischen Sozialismus festhalten.

Mollenbuhr (Deutschland): Wir wollen durchaus nicht schweigen, und nur bei der vorgerückten Zeit erscheint es uns unmöglich, Klarheit über die Schuldfrage zu schaffen. Aber die Verhandlungen in der Nationalversammlung haben gezeigt, daß wir deutsche Sozialdemokraten im Einklang mit der deutschen Regierung gegenwärtig keine höheren Ziele kennen, als die Schuldfrage rechts aufzuklären und alle Schuldbelastungen rückwärts dreizugeben.

Vandervelde: Ich habe nicht daran gedacht, eine große Diskussion herbeizuführen oder ein Urteil über die deutschen Mehrheitssozialisten zu fällen, sondern ich habe nur angekündigt, daß Belgien sich das Recht nicht nehmen lassen kann, diese Frage auf dem ersten internationalen Kongress zu lösen.

Schluss der Sitzung 8 Uhr abends.

Fortdauer des Züricher Generalstreiks.

Zürich, 4. August. Die Delegiertenversammlung der Arbeiterunion Zürich beschloss mit 203 gegen 100 Stimmen, den Streik fortzusetzen. Die Delegiertenversammlung der schweizerischen Arbeiterunion in Olten beschloss, keinen schweizerischen Generalstreik zu erklären, sondern die Aktionen den örtlichen Arbeiterunionen zu überlassen.

Das Gebäude des Basler „Vorwärts“ wurde am Sonnabend militärisch besetzt. Die Sonnabendausgabe des „Vorwärts“ wurde konfisziert.

Zürich, 4. August. Heute morgen ist die gesamte ausgebotene Infanterie und Kavallerie in die Stadt eingerückt und hat den Saub der öffentlichen Gebäude, der Banken, der großen industriellen Betriebe und der Hauptstrassen übernommen. Die Straßenbahnen haben der Aufforderung, den Dienst anzutreten, vollständig Folge geleistet, so daß der Straßenbahnverkehr seit heute 8 Uhr wieder ganz normal ist. Es wurden Flugblätter, die zum Ausmarsch im Streik aufforderten, beschlagnahmt. Durch einen Aufruf teilte die Streikleitung der Arbeiterunion Infanterie die zum Ausmarsch im Streik aufforderten, beschlagnahmt. Nach den von verschiedenen Arbeiterverbänden, besonders der Berner Arbeiterunion und den Gewerkschaften, erfolgten Wägungen an den Generalstreik sieht die schweizerische Presse den allgemeinen Streik als aussichtslos und gescheitert an.

Die Streiklage in Oberschlesien.

An zehnjähriger Stelle erfahren die „B. V. N.“: Die Lage in Oberschlesien ist unverändert; neue Streiks sind nicht hinzugekommen. Die Teutoburger-Grube ist wieder geschlossen, auf der Polster-Grube hält der Streik wegen der Einstellung der Grenzschutzbataillon noch weiter an. Die Kohlenförderung ist annähernd normal. Wegen Wagenmangels liegen viele Kohlen auf der Halde, so daß die Hütten festes Quantum, das sie fordern, erhalten können. An Feuertreibmaschinen in der Hüttenindustrie wegen Kohlenmangels ist nicht zu denken, überhaupt sind in letzter Zeit keine Betriebseinstellungen mehr vorgekommen.

Unruhen in Liverpool.

Kopenhagen, 4. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Streikaktionen in Liverpool, welche die ganze Sonntagsnacht hindurch dauerten und Sonntagvormittag weitergingen, gingen Sonntagabend gegen 10 Uhr wiederum an. Ungeheurer Menschenmengen rotteten sich beim Ausbruch der Tumulte in den Straßen zusammen, besaßen wiederum die Straßen zu plündern. Militär, das abkommandiert wurde, gab wirkungslos Warnungsschüsse ab. Eine Stunde später griff Polizei ein, welche von ihren Knäpeln Gebrauch machte und auf diese Weise zwar die Straßen säuberte, aber auch viele Menschen verwundete. Bis zum Sonntagmorgen waren in Liverpool bereits 200 Verhaftungen vorgenommen worden. Die Liverpooler Gewerkschaften beschloffen gestern, in einen sofortigen Sympathie-

streik einzutreten, um dadurch gegen die „Angriffe der Regierung gegen die Gewerkschaftsbewegung“ — wie es in der Entschließung heißt — Stellung zu nehmen.

Ungarns neuer Weg.

Oberst Cunningham empfing am Sonntag Böhm und Weltner. Die Unterredung bezog sich auf die zukünftige Regierungsform und die Politik in Ungarn, insbesondere auf die Währungsreform der zukünftigen ungarischen Regierung für die Erfüllung der Bedingungen der Entente.

Nach privaten Budapest Nachrichten der Montagblätter beschloß der Ministerrat, sofort Verhandlungen zur Bildung einer Koalitionsregierung durch Aufnahme von Vertretern der bürgerlichen Klassen und der Bauernschaft einzuleiten. Sie lehnen Unterhandlungen mit der Szegediner Gegenregierung ab. Das Koalitionsministerium werde seine Tätigkeit mit der Demobilisierung der Roten Armee beginnen. Weitere Aufgaben während der Abbruch des Waffenstillstands und die Einberufung der Nationalversammlung sein.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Bildung einer Koalitionsregierung auf einen Druck der Entente zurückführt. Die Haltung dieser „Gesichter der kleinen Vögel“ ist überhaupt zweideutig, mit der Prärie, sich nicht in Ungarns Angelegenheiten mischen zu wollen, lehnen sie eine klare Stellung sowohl zu dem Reich der Rumänen, wie der Szegediner Regierung gegenüber ab.

Die Forderungen der Entente in Budapest.

Die aus Budapest eingetroffenen Nachrichten über Verhandlungen der Entente-Mission mit der neuen ungarischen Regierung über eine bevorstehende Aufhebung der Blockade, Anerkennung des Ministeriums Peidl und die Möglichkeit von Friedensverhandlungen werden von seiten der hiesigen Entente-Mission dahin ergänzt, daß die Entente ausschließlich auf den im Waffenstillstand vom 3. November 1918 festgelegten Bedingungen bestehen muß. Im Augenblick ist von einer Aufhebung der Blockade, Anerkennung der neuen Regierung und Berufung von Delegierten für Friedensverhandlungen nicht die Rede. Die ungarische Regierung müsse vor allem zunächst alle Beziehungen zum Bolschewismus abbrechen. Es könnte zu Verhandlungen mit der Entente kommen, wenn die neue Regierung alle Bestimmungen und Befehle, die in der Note der Alliierten vom 26. Juli 1919 in klarer Form enthalten.

Unverzügliche Neuwahlen.

Budapest, 4. August. Das ungarische Korrespondenzbureau meldet: Die Regierung hat beschlossen, daß durch die Regierung Karolyi herausgegebene Wahlrechtsgesetz nahezu unverändert: ausreicht zu erhalten und die Wahlen für die verfassunggebende Nationalversammlung unverzüglich auszuführen.

Rumänische Plünderungen in Budapest.

Wien, 4. August. Ein Junkspruch des Wiener Korrespondenzbureau aus Budapest meldet, die Berichtblätter der großen englischen und amerikanischen Blätter hätten nach Paris berichtet, daß die rumänischen Truppen die Telephonlinien durchschneiden und die Eisenbahnlinien bei Budapest unterbrechen, ungarische Automobile mit Lebensmitteln ausplündern, mit Kanonen die Häuser beschleichen und in den öffentlichen Barorien von Budapest rauben und plündern. Die Bevölkerung, die vollständig ruhig war, sei sehr erregt und der Kriegsminister Daurich lehne jede Verantwortung für etwa eintretende Zusammenstöße ab. Die ungarischen Soldaten in Budapest werden weggeschleppt. Die Lage sei sehr kritisch, Blutvergießen wahrscheinlich.

Der Einzug der rumänischen Hauptstreitkräfte solle nach Möglichkeit verhindert werden, obgleich Oberstleutnant Romanek persönlich dem rumänischen Divisionskommandanten den Befehl Clemenceaus eingehändigte hätte, dauerer der Einmarsch an und der rumänische Kommandierende habe Romanek mitgeteilt, er werde im Zentrum von Budapest weitere Befehle abwarten.

Massenflucht der Kommunistenführer.

Wien, 4. August. Die „Mittagspost“ berichtet aus Budapest, daß die Truppen der Szegediner Regierung weiter vorgerückt sind und 42 Kilometer vor Budapest stehen. Ihr Einmarsch in die Stadt ist noch heute abend, spätestens morgen früh zu erwarten. Die Kommunistenführer flüchten massenhaft.

Wien, 4. August. (Z.N.) Gestern abend und heute vormittag sind in Budapest Massenverhaftungen vorgenommen worden. Alle Personen, denen Verbindung mit dem Rätesystem nachgewiesen werden kann, werden dingfest gemacht.

Die Umbildung der ungarischen Regierung.

Budapest, 4. August. (Z.N.) Die ungarische Regierung soll eine vollkommenen Umbildung erfahren. Als Ministerpräsident kommt Martin Kovacszy in Betracht, die neue Ministerliste soll jedoch erst veröffentlicht werden, wenn sich die Regierung darüber informiert hat, daß die Alliierten mit der Zusammensetzung des Koalitionskabinetts einverstanden sind.

In politischen Kreisen verläutet, daß die Mitglieder der Regierung vor einen Staatsgerichtshof gestellt werden sollen.

Rücktritt des Ministeriums Peidl

Wien, 4. August. (Z.N.) Aus Budapest eingetroffene Nachrichten besagen, daß das sozialistische Ministerium Peidl bereits zurückgetreten sei. Eine Bestätigung der Nachricht liegt noch nicht vor.

Autonomie der an Polen fallenden preussischen Gebiete.

Die Warschauer Zeitungen bringen einen Entwurf über die Autonomie für die von Preußen abgetretenen Gebiete. Der wichtigste Abschnitt dieses Entwurfes besagt, daß den ehemals preussischen Gebieten Autonomie für Verwaltung und Gesetzgebung eingeräumt wird.

Das ehemals preussische Gebiet soll für Verwaltungszwecke in drei Wojwodschäften eingeteilt werden:

1. Wojwodschafft Groß-Polen (Provinz Posen, und der ohne Volksabstimmung abzutretende Teil Oberschlesiens).
2. Wojwodschafft Preußen (West- und Ostpreußen, soweit es an Polen kommt).
3. Wojwodschafft Schlesiens (der etwa durch Volksabstimmung an Polen fallende Teil Schlesiens).

Diese drei Wojwodschäften sollen einen gemeinsamen Reichstagsbesitz haben. Beim Kabinett der Republik Polen soll sich ein Minister mit Vorteseuille für dieses Gebiet befinden. An ihn müssen sich alle Minister in sämtlichen irgendwie diese Wojwodschäften berührenden Fragen wenden, wobei ihm das Recht des Veto zustehen soll.

Verhezung und kein Ende.

Die U. S. P. hielt gestern abend Protestversammlungen gegen die Schuchhaft ab. Es wurden Phrasen gedroschen, gehetzt, geschimpft wie gewöhnlich. Die Versammlungen waren mäßig besucht, ein Zeichen, daß selbst den unabhängigen Massen die Schimpferei zu öde wird.

Einen recht unabhängigen Streich leistete sich ein unabhängiger Redner in einer vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband einberufenen Versammlung, die zur gleichen Zeit in den Germania-Sälen tagte. Nach einer rein politisch inhaltslosen, aber desto launteren Schimpferei drängte er der als rein gewerkschaftlich einberufenen Versammlung eine Resolution gegen die Schuchhaft auf. Da ein Redner, der sich gegen diese demagogische Ausschallung der Versammlung wandte, planmäßig wiedergeführt wurde, gelangte die Resolution zur Annahme.

Die eigentliche gewerkschaftliche Tagesordnung wurde danach kurz wie ein notwendiges Uebel abgehandelt.

Der Prozeß gegen die Wilhelmshavener Kommunisten.

Nach vierzehntägiger Verhandlung fällt das Schwurgericht Aurich das Urteil über vier Kommunisten, die als Rädelsführer am Wilhelmshavener Kommunistenputsch am 21. Januar teilgenommen hatten und denen besonders der Verlust einer „Beschlagnahme“ von sieben Millionen Reichsbankgeldern zur Last fiel.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach vollendetem Hochverrat und verurteilten die Angeklagten zu fünf bis sieben Jahren Zuchthaus.

Ist es noch nötig zu bemerken, daß die „Freiheit“ die Tatsachen so lange wendet und lünet, bis sie eine Hege gegen die Regierung und ihren speziellen Freund Roske daraus geformt hat? Wohl kaum, ist es doch stets das alte Lied.

Hysterie!

Nicht schwarz-rot-gold — wieder mehr schwarz-weiß!

Vor uns liegt ein Artikel unter obiger Spitzmarke. In ihm wird nach Herzenslust über die neuen Reichsfarben geschimpft, deren Zusammenfassung „ein getreues Spiegelbild der sozialistisch-kommunistischen Weltanschauung“ der Nationalversammlung ist. Von der „herzlichen Republik“ ist die Rede, und ein halbes Dutzendmal findet man die Worte unzulässig und dumm. Das „letzte Restchen von Achtung“ soll verlorengegangen sein, „nachdem wir uns seit dem 9. November auf dem Wege über die rote Fahne glücklich zu schwarz-rot-gold durchgearbeitet haben“. Der Verfasser befürchtet weiter, daß viele Leute aus „ökonomischen Rücksichten“ sich die neue Fahne nicht kaufen können, tröstet sich aber damit, daß seit dem 9. November keine nationalen Feiertage mehr stattfinden, da „unser Königtum“ gestürzt und somit kein Grund zum Flagen vorhanden ist. Von herrlichen Siegen unter dem alten Banner wird dann noch etwas erzählt und dann der Appell an alle Offiziere mit „der bewährten preussischen Bestimmung“ gerichtet, nie die neue Fahne, sondern stets die alte Preußenfahne zu hissen.

Dieser Artikel steht nicht etwa in einem beliebigen alldeutschen Blatt, sondern im offiziellen Organ der Personalabteilung des preussischen Kriegsministeriums, dem „Militärwochenblatt“. Dieses Blatt besitzt noch dazu die Unverfrorenheit, im Anschluß an das Schillerwort: „Nichtswürdiger ist die Nation, die nicht ihr alles freudig lehrt an ihre Ehre!“ die Bemerkung zu knüpfen: „An den neuen Freiheitsmännern würde er (Schiller) wohl kaum seine Freude haben.“

Man könnte über dieses Benehmen des „Militärwochenblattes“, das beinahe an Hysterie grenzt, den letzten derartigen Anfall beim Besuche der Gründung des Republikanischen Führerbundes“, mit einem mitleidigen Nicken hinwegsehen, wenn es sich nicht um das offizielle Blatt des Kriegsministeriums handelte, das in solcher Schamlosigkeit die Regierung anrempelt. Wie lange will sie sich diese hysterischen Wutausbrüche noch gefallen lassen?

Bis zu 240 Millionen Goldmark Besatzungskosten.

Berlin, 4. August. Der „Kampf“ veröffentlicht den Text einer am 16. Juni zwischen Wilson, Clemenceau und Lloyd George getroffenen Abmachung, die bezüglich wie folgt lautet: Die alliierten und assoziierten Mächte haben sich nicht darauf beschieden, zu erklären, daß die Besatzungsperiode bis zur vollständigen Erfüllung der Wiedergutmachungsklauseln dauere, weil sie glauben, daß Deutschland verpflichtet werden müßte, alle Beweise seines guten Willens und alle notwendigen Garantien vor der Beendigung der Periode von 15 Jahren zu geben. Da die durch die Besatzung notwendigen Ausgaben eine entsprechende Verminderung der für die Wiedergutmachung der zur Verfügung stehenden Summe nach sich ziehen müssen, haben die alliierten und assoziierten Regierungen durch Artikel 431 des Friedensvertrages festgesetzt, daß, wenn bis zur Beendigung der 15 Jahre Deutschland den Verpflichtungen nachgekommen ist, die ihm der Friedensvertrag auferlegt, die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen werden. Wenn Deutschland zu einem früheren Termin den Beweis seines guten Willens und die erforderlichen Garantien gegeben hat, um die Ausführung dieser Verpflichtungen sicherzustellen, werden die daran interessierten alliierten und assoziierten Mächte bereit sein, unter sich ein Abkommen zu treffen, um der Besatzungsperiode früher ein Ende zu machen.

Für jetzt und die Zukunft sind die Mächte, um die Lasten für die Wiedergutmachung zu vermindern, bereit, daß, sobald sie davon überzeugt werden, die Summe, die Deutschland für die Unterhaltung des Besatzungsheeres auszugeben hat, die Summe von 240 Millionen Goldmark nicht übersteigen wird. Dieses Abkommen kann modifiziert werden, sobald die alliierten und assoziierten Regierungen der Ansicht sind, daß eine derartige Abänderung notwendig ist.

Wann ratifiziert Frankreich?

Paris, 4. August. Der Generalberichterstatter des Friedensausschusses der französischen Kammer Barthou sowie dessen Vorkämpfer Viviani hatten nachmittags eine Unterredung mit Ministerpräsident Clemenceau vermutlich wegen der Frage, ob das Plenum der Kammer den Friedensvertrag kommende Woche oder erst nach dem 26. August durchberaten wird. Im ersten Falle würde die Ratifizierung des Friedensvertrages durch Frankreich Ende August, im letzteren Falle aber nicht vor dem 15. September zu erwarten.

Französischer Geschäftsträger in Berlin.

Aus Paris wird gemeldet: Paul Dutasta, der Sekretär der Friedenskonferenz, wird voraussichtlich französischer Geschäftsträger in Berlin werden.

Der Friedensvertrag in der italienischen Kammer.

Rom, 4. August. (S. N.) Aus Rom wird gemeldet: Die Kammer hat heute mit der Beratung des Friedensvertrages mit Deutschland begonnen.

Gewerkschaftsbewegung

Unter der Herrschaft der Unabhängigen.

Nach dem Demonstrationstreik, den die Unabhängigen mit ihrem kommunistischen Anhang am 21. Juli ins Werk gesetzt hatten, beschloß eine in der Mehrheit aus Unabhängigen bestehende Vertreterversammlung der Siemens-Halbinsel A. G., Abteilung Nord-Südabahn:

Der Arbeiterausschuß hat das Recht, bei ähnlichen Vorkommnissen die Arbeitsebene selbständig zu beschließen. Sollten Kollegen dagegen verstoßen, so sind dieselben sofort zu mahnen.

Das ist die Höhe des von den Unabhängigen in den Vertrieben ausgeübten Terrors. Wenn sie, die ja im Arbeiterausschuß die Mehrheit haben, einen politischen Streik — nur um einen solchen handelt es sich — beschließen, der sich gegen die S. P. D. richtet, dann haben die Mitglieder dieser Partei den Streik mitzumachen, das heißt, ihre eigene Partei zu beschimpfen oder sie werden gemahnt, also auf die Straße gesetzt und brokos gemacht. Gewissenhafte Ausichten würden sich eröffnen, wenn diese Terroristen zur politischen Herrschaft lämen, wovon ein gütiges Geschick uns bewahren möge.

Zum Konflikt in den Provisions-Generalagentur-Vertrieben.

Der Verband der Bureauangestellten schreibt und: Die Verhandlungen, welche zwecks Anerkennung des Reichstarifvertrages der Versicherungsangestellten auch für die in den Provisions-Generalagenturbetrieben beschäftigten Versicherungsangestellten von Seiten der tarifierten Verbände mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsvertreter vom 16. bis 18. Juni d. J. als unverbindliche Aussprache geführt waren, hatten zu einem für die Angestellten unannehmbaren Ergebnis geführt, das von der Angestelltenversammlung abgelehnt wurde. Es wurde volle Gleichberechtigung mit den Angestellten der direkten Generalagenturen durch die Annahme des Reichstaris gefordert. Andererseits waren die Provisions-Generalagenturen ihrer am 24. Juni eingegangenen Verpflichtung, bis 14. Juli gemeinsam mit den Angestellten die minderleistungsfähigen Betriebe nachzuweisen, unter Vertragsbruch nicht nachgekommen. Vielmehr hatten sie willkürlich ohne vorherige Verständigung mit den Angestelltenorganisationen ihrer Generalversammlung am 18. Juli einen anders gearteten Beschluß unterbreitet. Es drohte daher bereits am 15. Juli der Konflikt auszubrechen, das Entgegenkommen der Angestelltenverbände ermöglichte jedoch neue Verhandlungen, die zu einem vorläufigen Ergebnis führten. Das Organ der Provisions-Generalagenturen selbst, die „Bundeszeitung“, schreibt über dieses Abkommen vom 15. Juli: „Da die Generalagenturen diesmal wenigstens zu einem festen Abkommen mit den Angestellten gelangen wollten, wurden schließlich nachstehende Abmachungen protokolllarisch festgelegt: Die Abmachungen, die im wesentlichen die Ausdehnung des Reichstaris auf die Provisions-Generalagenturbetriebe brachten, sollten von der Vertreterversammlung bis zum 28. Juli angenommen sein. Entgegen dem Abkommen begannen auf Anordnung ihres Verbandes die Provisions-Generalagenturen heimlich wider Treu und Glauben vor dem 28. Juli einzelne Auseinandersetzungen mit ihren Angestellten, bedrohten durch Revers das Koalitionsrecht u. a. mehr. Am 28. Juli erklärten die Provisions-Generalagenturen, ihr Vertretertag habe das Abkommen nicht genehmigt, und begannen sogleich damit, ihre dauernden Angestellten durch Androhung von Abfindungssummen zum Abgehen vom Reichstaris zu veranlassen. Die Rot der Leute ist so groß — wenn sie nur Geld sehen, dann tun sie alles“, war die rüchichtslos geäußerte Ansicht der Provisions-Generalagenturenvertreter. Eine

weitere Verhandlung wurde den Angestelltenvereinigungen unmöglich gemacht. Die organisierten Angestellten wollen keine Fäuggerichte, sondern den vollen Reichstaris gleich den übrigen Berufskollegen. Somit ist der Streik der Provisions-Generalagenturenangestellten im ganzen Deutschen Reich seit Montag, den 4. August, im Gange.

Streik im chemischen Großhandel.

In der gestern stattgefundenen überfüllten Versammlung der Angestellten und Arbeiter des chemischen Großhandels referierte V. a. r. t. e. (Handlungsgehilfenverband) über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Die Verhandlungen wurden getrennt werden, da die Industrie wesentlich höhere Gehälter bewilligt habe als der Großhandel. Der Großhandel habe dann weitere Verhandlungen als wenig aussichtsreich abgelehnt. Der Beschluß eines Tarifvertrages für die Arbeiter wurde überhaupt abgelehnt, da angeblich zu wenig Arbeiter beschäftigt würden. Der Großhandel habe 55 bis 240 Mark weniger als die Industrie bewilligt. Die Unternehmer hätten nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt. Der Redner verlas einen Brief der Unternehmer, in welchem die Bereitwilligkeit zum Ausdruck kommt, „nach Möglichkeit es zu versuchen, in Verhandlungen über den Tarifvertrag zu treten und zu einer Einigung zu kommen“. Der Ausdruck „nach Möglichkeit“ sei abschließend in den Brief hineingebracht worden. M. i. a. u. (Transportarbeiterverband) begrüßt es, daß die Angestellten mit den Arbeitern Schulter an Schulter kämpfen wollen. Während die Unternehmer vor wenigen Monaten es selbst wünschten, daß ein Tarifvertrag abgeschlossen werde, lehnen sie es heute ab. Es bleibe weiter nichts übrig, als in den Streik zu treten.

In der Diskussion wurde es begrüßt, daß endlich die Arbeiter und Angestellten geschlossen für ihre gemeinsamen Interessen eintreten. — M. i. a. u. teilte noch mit, daß die Forderungen der Arbeiter und Arbeiter auf 100 M. und nach einem halben Jahr auf 110 M. erhöht worden sind, da seit Aufstellung der Forderungen bereits zwei Monate vergangen sind. Für die weiblichen Angestellten werden 75 Proz. der Löhne gefordert, des weiteren für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen eine Entschuldigsumme in Höhe des vierfachen Wochenverdienstes. Der Streik wird gegen eine Stimme beschlossen. Die Angestellten und Arbeiter treten heute früh in den Ausstand. Das Streiklokal befindet sich in den Sophienkäfen, Sophienstr. 15/16. Sämtliche Ausständigen versammeln sich heute früh 9 Uhr in den Sophienkäfen.

Tariffündigung der Versicherungs-Angestellten.

Eine Versammlung der Vertrauensleute der Versicherungs-Angestellten, die gestern nachmittag im großen Saal der Sophienkäfe stattfand, beschäftigte sich mit der Frage, ob man, trotzdem der abgeschlossene Tarifvertrag noch bis Ende des Jahres läuft, schon jetzt wieder eine Entschuldigsumme fordern sollte. Die Gewerkschaftsführer mahnten dringend, von der Aufstellung einer derartigen Forderung Abstand zu nehmen, da sie ohne Tarifbruch nicht durchzusetzen sei. In der Aussprache stellten sich aber viele der Arbeitnehmer auf den Standpunkt, daß der Tarifvertrag von den Arbeitgebern nicht innegehalten werde, und daß die Öffentlichkeit über die Kostlage der Versicherungsangestellten aufgeklärt werden müsse. Mit einem monatlichen Einkommen von 250—260 M. sei es in der jetzigen Zeit nicht möglich, durchzukommen.

Weiter stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß im Kampf der Provisions-Generalagenturen Angestellten der Versicherungsbetriebe keine Streikarbeit geleistet werden dürfe. Dem entsprechend müsse jede Arbeit abgelehnt werden, die einen Geschäftsverkehr mit den erkrankten Betrieben darstelle.

In der Frage der Entschuldigsumme wurde mit sehr großer Mehrheit die folgende Entschließung angenommen:

Die stark besuchte Versammlung der Angestelltenvereinigungen im Versicherungsbereich stellt mit Entschließung fest, daß von Seiten der Arbeitgeber der zum Abschluß gekommene Tarifvertrag eine zu großen Ungerechtigkeiten gegen die Beamtenschaft gerichtete Auslegung erfährt. Infolge dieser Tatsache hat sich in der breiten Masse der Angestellten eine starke Beunruhigung bemerkbar gemacht, die ihren Auswuchs in der Forderung einer Entschuldigsumme hatte. Nur geleitet von dem Gedanken der Vertragstreue lebte die Versammlung die Aufforderung der Forderung zur jetzigen Zeit ab, beauftragt aber den Verband, den Vertrag zu kündigen und nach diesem Zeitpunkt vor Eintritt in die Verhandlungen über den neuen Vertrag die zurückgestellte Forderung einer Entschuldigsumme zunächst als sein Ziel zu betrachten.

Die Kaffeehausbesitzer und der Musikertarif.

Montag nachmittag traten die Kaffeehausbesitzer zusammen, um zu dem kürzlich im Reichs-Arbeitsministerium erfolgten Schiedspruch für die Kaffeehausmusiker Stellung zu nehmen. Nach dem Schiedspruch sind den Musikern jetzt bei einer täglichen Arbeitszeit von vier Stunden monatlich 540 Mark bei fünfstündiger Arbeitszeit 630 Mark und bei sechsstündiger Arbeitszeit 720 M. Entlohnung zu zahlen. An Sonn- und Feiertagen ist eine längere als sechsstündige Arbeitszeit zulässig, jedoch darf sie acht Stunden nicht übersteigen. Die Ueberstunde ist mit 4 Mark zu bezahlen. Jeder Musiker hat alle zwei Wochen das Recht auf einen freien Wochentag unter Fortzahlung der Entlohnung. Der Referent Beebe führte aus, daß dieser Schiedspruch für das durch die übrigen Forderungen der Angestellten schon überlastete Gastwirtsgerwerbe unannehmbar sei. In der sich anschließenden Aussprache stellten sich alle Redner auf denselben Standpunkt. Selbst auf die Gefahr eines Musikerstreiks hin müsse man zur Ablehnung des Spruches kommen. Nach einer ausgedehnten Debatte wurde der Schiedspruch einstimmig abgelehnt. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die trotz Ablehnung des Schiedspruchs durch den Verbandsvorsitzenden Beebe angebahnten Verhandlungen mit dem Deutschen Musikerverband doch noch in letzter Stunde zu einer Einigung führen.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Bezirk Berlin.

Alle gemahregelten Eisenbahner (auch Leutlinge) werden ersucht, sich unversäglich bei der Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, Berlin SO 16, Engelauer 18, 1. Etage, zwecks näherer Angaben zu melden, da eine baldige Einstellung erfolgen soll. Die Angaben müssen bis zum 6. August, nachm. 4 Uhr, dort eingelaufen sein. Die Bezirksleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Vertrauensmänner-Versammlungen Mittwoch, den 6. August: Tischler, Bezirk Südwesten und Westen: Abends 7 Uhr bei Klein, Golenbeke 89. Bezirk Süden: Abends 7 Uhr, bei Müller, Schönleinstr. 6. Bezirk Südost: Abends 7 Uhr bei Her, Raumnstr. 2. Musikinstrumenten-Arbeiter, Mittwoch, den 6. August, nachm. 5 Uhr, Versammlung aller Vertrauensleute und Ausschussmitglieder im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147. Tagesordnung: Die Ferienfrage. — Es ist notwendig, daß die noch fehlenden Werkstattfragebogen abgegeben werden.

Funktionäre des graphischen Gewerbes, Mittwoch, den 6. August, nachmittags 5 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof: Konferenz der Funktionäre des graphischen Gewerbes (S. P. D.) Neueste wichtige Tagesordnung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Scholz, Reutlin; für Anzeigen: Theodor Glöde, Berlin, Verlag: Vormärz-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vormärz-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 1. Otter 1 Verlag.

Weinbrand Cognac

Marke

„Goldstück“

Jacob Stück Nachfolger Hanau 4/111

Cognacbrennereien



Brauchen Sie Ihre Augen noch

zur Ausübung Ihres Berufes,

dann kann schon die Ausgleichung kleiner Fehler durch passende Augengläser Ihnen in einer Woche mehr einbringen, als Sie dafür in drei Jahren ausgeben brauchen. — Passende Sanostop-Gläser helfen Ihnen Ihr Augenlicht zu erhalten bis ins hohe Alter. Wir garantieren für passende Gläser: Dabei ist die Augen-Untersuchung kostenlos. Weder Kerger noch Kosten sollen Ihnen das Tragen unserer Gläser verleben, deshalb garantieren wir Ihnen Zufriedenheit und festigen Ihnen in der Garantiezeit alle Reparaturen umsonst für kleine Schäden, außer Bruch der Gläser.

der Horn-, Schildpat- und Zelluloid-Teile haben Sie zu zahlen. Wird das Augenglas nicht wieder tadellos, so erhalten Sie ein gleichwertiges neues als Ersatz, selbst wenn Sie Schuld haben. Die Garantie währt 3 Jahre bei Fassungen über M. 12.—, mindestens aber zwei Jahre bei Fassungen für M. 8.50 — Hierzu kommt noch der Preis der Gläser — Punktuell abtübende Dentisten kosten M. 12.— das Paar, aus Sanostop-Glas M. 15.—. Sind Sie mit Ihren Augen oder Gläsern nicht mehr völlig zufrieden, dann warten Sie nicht so lange bis schlimme Folgen eintreten, sondern besuchen Sie uns recht bald.

Sind's die Augen Geb' zu Ruhcke!

Optiker Ruhcke

20 Geschäfte

C. Spittelmaier, 1. u. 2. Balthasar Alexanderplatz, neben Richter
S. Kottbuer, Damm 16, nahe Wollmanns Garten
SO. Oranienstr. 44, nahe Oranienplatz

W. Reipziger Str. 113, Ecke Rosenthalstr.
Hilffstr. 1, Ecke Potsdamer Str.
Friedrichstr. 192a, Ecke Leipziger Str.
Friedrichstr. 106, Ecke Regelpstr.

N. Gnan, Seestraße 72, Invalidenstr. 164, Ecke Brunnenstraße
Neu! Schönhauser Allee 81, hochhauptmanns Karbina
SO. Belle-Alliance-Str. 4, am Pallast des Kais
Friedrichstr. 136, Ecke Dorotheenstr.
NW. Ecke Dorotheenstr.

Schöneberg: Hauptstr. 21, a. Kaiser-Wilhelmpl.
Friedenau: Rheinstr. 18, Ecke R. v. d. G. gegenüber der Kaiser-Gl.
Wilmsdorf: Berliner Str. 122/23, an der Ullandstr.

Charlottenburg: Lantzenstraße 15, Ecke Gorchowstr. Straße.
Jochimsdaler Straße 2, am Bahnhof Zoo.

Neukölln: Bezirk 4, gegenüber Rindorfer.
Neu!
Spandau: Breite Str. 18.



Verlangen Sie nach außerhalb kostenlos unser Optometer zum Selbstbestimmen passender Gläser nebst Versandliste.

Gefährdung der Volks- ernährung?

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Sie teilten in Nr. 380 eine Denkschrift des Landwirtschaftlichen Ministeriums zur Produktionsförderung ohne Kommentar mit.

Die Denkschrift beginnt mit den Worten: „Die Volks-
ernährung erscheint in der nächsten Zukunft ernstlich gefährdet. Abhilfe ist nur möglich, wenn die Landwirtschaft so schnell als möglich in die Lage versetzt wird, die Erzeugung auf das Nennniveau zu steigern.“ Daß der Staat alles dazu Zweckdienliche, was in seiner Macht liegt, tun muß, ist eine Selbstverständlichkeit, die oft genug auch von Seiten der Regierung betont ist. Bei der verhältnismäßig langsamen Wirkung dieser Maßregeln würde das aber für die nächste Zukunft nicht viel nützen. Zur Sicherung der Volks-
ernährung bleibt uns daher im Augenblick nur die Einfuhr ausländischer und eine gerechte Verteilung der vorhandenen inländischen Nahrungsmittel. Die Hoffnung auf hemmungslose Einfuhr würde zwar für „kreditwürdige“ Luxusartikel berechtigt sein, wenn derartigen Experimenten nicht ein Kiesel vorgehalten würde; aber für die Massenlebens-
artikel können wir damit wegen mangelnder Auslandsbedeutung und wegen der Unmöglichkeit, die Differenz auf längere Zeit auf Reichsfonds zu übernehmen, nicht rechnen, selbst wenn für die Bilanzierung der Ernährung auf Friedensstand nicht, wie die Denkschrift will, 45 Milliarden jährlich, sondern nur einige Milliarden benötigt würden.

Allerdings, dasjenige, was für die Aufrechterhaltung der Ernährung unbedingt erforderlich ist, muß eingeführt werden und dafür werden auch die Mittel vorhanden sein, aber der Friedensimport erstreckt sich großen Teils auf Ware, die ein einfach lebendes Volk zur Not eine Weile entbehren kann und die Ausnutzung der Lebensmittel hat während des Krieges sehr gewonnen. Aber im übrigen muß die inländische Produktion an Brotgetreide, Fleisch, Kartoffeln und Zucker — nur um diese handelt es sich für die kommende Ernte noch — in vollem Umfange herangezogen und auch sichergestellt werden.

Denn das einzige Ziel unserer Ernährungspolitik ist die Erreichung des Existenzminimums für die Bevölkerung zu erträglichen Preisen. In der Form der Zwangswirtschaft hatet niemand. Wenn die Landumlage dasselbe leisten würde, wäre sie zweifellos längst eingeführt, denn niemand, und vor allen Dingen eine Volksregierung, hat ein Interesse an der Verärgerung weiter Volksteile. Aber die Aufhebung der sogenannten Zwangswirtschaft und die Wiederherstellung eines schrankenlosen freien Handels würden im gegenwärtigen Augenblick, solange nicht genügend Nahrungsmittel vorhanden sind, eine erhebliche Preiserhöhung gegenüber den Höchstpreisen mit sich bringen. Der größere Teil der Bevölkerung würde die erforderliche Mindestnahrung eben nicht oder nur zu unerträglichen Preisen vorfinden. Die Einföhrung der Landumlage würde einen doppelten Warenpreis schaffen, der technisch undurchführbar ist, und der selbst im Falle der Möglichkeit der Durchführung im höchsten Grade erbitternd wirken würde.

Die Propaganda für die Einführung des freien Handels steht im umgekehrten Verhältnis zur Zahl ihrer Anhänger. Die überwiegende Masse der städtischen Bevölkerung weiß, was ihr beim freien Handel blühen würde. Auch fast die gesamte Industrie, von der man doch in erster Linie ein Eintreten für die ungehemmte Preisbildung erwarten sollte, steht hinter der gebundenen Wirtschaft. Für den

freien Handel treten lediglich die gegenwärtigen Wortführer der Landbünde und der kleinere Handel ein. Bezeichnenderweise erklären aber die verantwortlichen landwirtschaftlichen Berufsvertretungen sich für die einstweilige Beibehaltung der Brot- und Fleischbewirtschaftung; sie überlassen den propagandistischen Landbünden die Vertretung der unerfüllbaren weitergehenden Forderungen.

Sicher ist, daß der Abbau der Planwirtschaft nicht preisabbauend, sondern preissteigernd wirkt, so lange Nahrungsmittelknappheit besteht. Das wird aber noch längere Zeit der Fall sein. Demgegenüber ist die Beibehaltung der Rationierung und der Höchstpreise für Getreide, Fleisch und Kartoffeln das kleinere Übel, selbst wenn man produktionshemmende Wirkungen der Zwangswirtschaft zugibt. Die Volksernährung ist aber durch die Beibehaltung der staatlich kontrollierten Wirtschaft nicht „gefährdet“, denn die Produktion hat sich nicht so verschlechtert, um diese Verschärfung zu rechtfertigen. Die pflanzliche Produktion hat überhaupt bei weitem nicht den Tiefstand erreicht, der ihr nachgesagt wird. Die jetzt auf dem Felde stehende Ernte scheint allen Berichten zufolge für Winterfrucht, Gemüse, Kartoffeln und Futter nicht eben schlecht zu sein. Teilweise hat sie sich in den letzten Wochen überraschend erholt. Nur Sommergetreide steht durchgängig weniger gut. Die Befürchtung einer katastrophalen Wendung der Volksernährung scheint auch nach dieser Seite hin unbedeutend.

Nun weist die Denkschrift mit Recht auf den schweren Rückgang der tierischen Produktion hin, der ja unbestreitbar ist, wenn auch 60 Proz. zweifellos zu hoch gegriffen sind. Aber nicht das System der Zwangswirtschaft ist daran Schuld, sondern die Tatsache, daß unsere gesamte Viehhaltung auf der Auslandseinfuhr aufgebaut war und mit dem Einsetzen der Blockade zusammenbrach. Das trifft für die Schweinehaltung in erster Linie zu, die hauptsächlich auf der russischen Futtergerste beruhte. Da diese Einfuhr jetzt unmöglich ist, bedeutet die Forderung der Denkschrift auf Umstellung der Wirtschaft auf Schweineproduktion nichts anderes als die Verwendung von Brotgetreide zur Schweinemast in weitestem Umfange. Eine starke Förderung der Schweineproduktion kann man selbst bei dem grundsätzlichen Wunsch nach möglichst schneller Hochbringung unserer Schweinebestände jedenfalls erst dann vertreten, wenn die einheimische Ernte zu übersehen ist und ausländische Zufuhren sichergestellt sind, und wenn im Anschluß daran die Volksernährung überhaupt sichergestellt ist. Was dahin sprechen heute die gleichen Gründe gegen die verstärkte Schweinehaltung, wie während des ganzen Krieges, wobei besonders zu bedenken ist, daß das Futter durch den Tiermangel nur zum 4. Teil für die menschliche Ernährung verwertet wird.

Wir müssen aber den Verfasser der Denkschrift daran erinnern, daß es den Führern der Landwirtschaftskamern vom ersten Kriegsjahr an nicht zweifelhaft gewesen ist, daß Deutschland sich in der Viehhaltung nach Möglichkeit vom Ausland freimachen muß. Diese Möglichkeit ist bei der Schweinemast so gut wie ausgeschlossen; die Tendenz der deutschen Viehzucht liegt daher in der Förderung der Rindviehzucht und Schafzucht und einer entsprechenden Steigerung der Milch-, Butter- und Käseproduktion und Konsumtion. Es liegt uns sehr fern, einer Extensivierung des landwirtschaftlichen Betriebes irgendwie das Wort reden zu wollen. Aber eine Verbesserung der Futterflächen und Verstärkung des Delbruchsbaues kann durchaus in der Richtung der Intensivierung betrieben werden. Das Rind ist kein Konkurrent des Menschen um die Nahrungsmittel. Seine Leistungen sind vielfacher Natur. Die Fleischernahrung ruht bei ihm auf viel sicherer Grundlage. Wenn daher der Wiederaufbau des Rindviehbestandes auch länger dauert als beim Schwein, so entspricht die Verstärkung der Rindviehhaltung

doch den natürlich gegebenen Tendenzen unserer Wirtschaft, gegenüber einer unnatürlich starken Schweineproduktion.

Es ist besser, den Speckbedarf zum kleineren Teil auf die Einfuhr zu verweisen, als die Abhängigkeit der Vieh-
ernährung vom Ausland zu bereinigen und aus unserem Ernährungszusammenbruch unbelehrt davonzugehen.

Verkehrsstöckung.

Die Elektrische kreißt. Die Räder unter ihr quieken vor Vergnügen, quieken, daß es einem durchs Mark geht. Es ist gar keine Haltestelle da, und doch halten wir nun schon wieder eine ganze Ewigkeit von zehn Minuten am gleichen Fleck. Der Schaffner steht immer den spitzenhörnigen runden Kopf hinten von der Plattform heraus und schaut in die Gegend, wo wir hin wollen — und sein Schnurrbart hängt traurig und verregnet herab. Ein breiter Bierwagenlutscher hinter uns im Gleis will den Schaffner anempfehlen, flucht, schimpft, mit einer hohen Stellersstimme, als hätte er eins von den letzten Riesenfässern verschluckt, die sich hinter ihm türmen.

Der Schaffner hört das Fluchen so wenig wie das Knurren und Reblieren der Fahrgäste, das in einer Revolution zu endigen droht. Er steht nur die spitze Nase nach draußen in die Gegend, wo wir hin wollen, und der Schnurrbart — hängt traurig.

Da — die Elektrische macht einen erfreulichen Popser. Alles atmet auf. Alles setzt sich wieder... Aber nun ergibt sie sich von neuem, mitten im Donner und Losen, im Hasten und Rennen der Leipziger, einem gemächlichen Ausbeugen. Mit zäher Beharrlichkeit steht sie hinter einer Bogenmauer, die sich bis... bis fern in den grauen feuchten Dunst des Dönhofsplatzes verliert, steht unverrückbar still. Der Schaffner kommt herein und erklärt ebenso kategorisch wie beschwichtigend: „Wir fahren links herum!“ Aber wir fahren durchaus nicht, auch nicht links herum, wie das die Zeit erfordert. „Kommen wir am Dönhofsplatz vorbei?“ — „Seht's durch die Mauerstraße!“ — „Sie kommen doch über den Spittelmarkt!“ — „Seht's denn links herum auch am Viehhof vorbei?“ Ein ängstlicher Sturm von Fragen. Die spitze Nase nickt in dem Sturm dauernd hinein und knickt ihn. Trotz alledem steigen die Fahrgäste dauernd nach draußen. Einige Stammgäste harrten noch aus. Dann wird es schrecklich leer im Bogen, direkt verdröht. Nur ein Herr mit einem Stiefelbein bleibt und eine ziemlich nach Friedensware aussehende Kolossalbame: die drei vier Riesenfässer, aufeinanderbegegnant, verflügt ähnlich steht.

Ein Herr — er kommt von der Plattform — ist es ihr Herr? — jagt durch den Wagen mit fliegenden Cuckoohäuschen hinein und hinunter — nicht der mit dem Stiefelbein! — reunt, als sel hier eine Kennbahn. Jetzt blüht er den Schaffner an, als wolle er ein Attentat auf ihn machen. Aber der bewacht die Ruhe, die Olympieruhe seines mollen Gesichtes mit der fürwichtig spitzen Nase. Der Renner ist nach draußen geflüht. Der kleiner Terrier, den er am Band hält, will ihn mit mustulös eingestampften Beinhaken aufs Trottoir ziehen. Aber der Herr steht, unbeweglich — ein Hund ist ja kein Jugtier —, und starrt an der Wagenburg, der chinesischen Mauer, hinab — hoffnungslos!

„Schaffner, meine Grofschen zurück!“ Er hat den Terrier wieder mit in den Wagen gezerrt, trotz dessen Erhängungsversuchen. „Grofschen? — der ficht's doch nich!“ schüttelt sich das runde Gesicht bedauerlich. „Na, Sie sehn doch, wir kommen nicht weiter. Eine halbe Stunde am gleichen Fleck!“ — „Ja, wenn der Betriebsstörung wär, denn ja. Aber der kommt vom Wetter!“ — „Betriebsstörung hier — Betriebsstörung her. Es ist recht und billig, daß ich mein Geld wieder kriego. Der bezahlt mir die halbe Stunde, die ich schon warte!“ Festig fuchteln seine Arme. Festig bellt der Terrier um die Grofschen. Plötzlich ist der erstickt, hängt wieder an dem Band, das ihn in den Wagen reißt. Herr und Hund rasen durch die Wagenlänge hin und her, an dem Stiefelbein vorbei, an der drei Volster überquellenden Dame vorbei, — und an der Tür jedesmal dies Gebelle um die Grofschen!

Da wieder ein Popser! Was ist der Wagen? — etwaucht er? Er fährt? — fährt ganz richtig. Geradeaus? — Nicht links herum!

Erleuchtung.

81] Roman von Henri Barbusse.
Verdeutsch von Max Hochdorf.

Ludor trug eine Artilleriemütze. Vielbaque war schon in Geschäften und in Haft, genau so wie in seinem Bureau. Er trug einen Haufen von Papieren, und er hatte den Kneifer schon mit der Brille vertauscht, was den Anfang der Uniformierung bedeutete. Jeder sprach von sich, und er machte Angaben über sein Regiment und über seine Garnison, und über sonstige Einzelheiten, die ihn persönlich angingen. Der Waffenmeister, der in dem Wirrwarr der noch farblosen Gruppen herumhand, steckte mit untadeliger Fortschritt in seiner Aktiven-Uniform. Aber er sagte: „Ich bleibe zu Hause. Ich brauch' nicht auszurücken. Mich kann keiner an die Front hinauscheiden.“

Man wartete lange und Stunden gingen dahin. Das Gerücht verbreitete sich, man würde erst am nächsten Morgen abfahren. Plötzlich Stille. Strammstehen und soldatisches Grüßen rings im Kreise. Aus der Tür trat Major Trancheau. Die Frauen machten ihm Platz. Ein Herr in Zivil ergrüßte den Offizier, er ging auf ihn zu, er zog den Hut und sprach leise etwas.

Dann rief der Major aus: „Aber Gott, lieber Freund, das lohnt doch garnicht der Mühe. In zwei Monaten ist der Krieg ja zu Ende!“ Und damit war der Wittsteller entlassen.

Er trat auf uns zu. Er trug eine weiße Kofarbe an der Mütze. Man sagte, daß er Bahnhofskommandant sei. Er richtete an uns eine kurze und befeuernde patriotische Ansprache. Er sprach von der großen Revolution, die alle Franzosenherzen so innig ersehnten. Er versicherte uns, daß wir später stolz sein würden, diese Zeiten miterlebt zu haben. Wir alle wurden von seinem Worte durchschauert, und er fügte hinzu: „Und nun der letzte Abschied von den Euringen! Jetzt keine Weiber mehr und los! Ich begleite Euch zum Bahnhof.“

Ein letztes Aufschalzen der Rüsse und die Vitaneln der Segensbrüche für den Weg und das letzte, wirre Durch-einander, das noch eine Weile in dem großen öffentlichen Saale haften blieb. Dann umarmte ich Maria und stieg zu den übrigen, die sich auf der Straße wieder versammeln sollten. Zu Biererguppen ging man hinaus.

Um unsern Willen waren alle Straßen mit Menschen besetzt. Eine Begeisterung und wahrhafter Ruhmessehauer erfaßten mich in diesem Augenblick.

In einer Straßenbiegung sah ich noch einmal Maria und Crillon. Sie waren vorausgelaufen, um sich uns noch einmal in den Weg zu stellen, und sie winkten uns zu. Crillon rief noch: „Allo los, Courage, Jungens. Ihr werdet schon nicht daran sterben!“

Maria blickte mich an, und sie konnte kein Wort mehr hervorbringen.

Feldwebel Marcaffin stampfte breitbeinig die Reihe entlang und schrie: „Langsam Schritt! Eins, zwei, eins, zwei, langsam Schritt!“

Wir marschierten durch die Stadt, über der es schon Abend wurde. Ein Bauer marschierte an meiner Seite. Er wackelte mit dem Kopf in die tohlerfähle Unermehlichkeit hinein, er marschierte zwischen all diesen Dingen durch, die man im regelmässigen Schritt und Tritts verließ. Alle Schritte schmolzen in einen einzigen Schritt zusammen, und der Bauer murmelte hier und da: „Was für 'ne wilde Aufregung! Hab' noch gar keine Zeit gehabt, um all' das zu begreifen. Weist, es gibt welche, die das begreifen wollen. Nun, ist einfach nicht wahr. Können nicht, können nicht!“

Der Bahnhof. Man macht keinen Halt. Vor unserer Abteilung wird die Eisenbahnperre zurückgezogen, die sich sonst niemals erschlossen hat. Wir durchkreuzten Steige, die kaum erkennbar sind. Man stopft uns auf einen dunklen Steg zwischen gußeisernen Trägern zusammen. Und dann merken wir plötzlich, daß wir allein geblieben sind.

Nun ist die Stadt fast beinahe aus unserem Gesichtskreis verschwunden. Ihr Leben liegt dort unten, es liegt jenseits dieser trübseligen Schienen- und Pflasterstraßen, die mit niedrigen Häusern und Reibelschwaben besetzt sind. Die Nachtrische schleicht zu uns heran, sie kommt gleichzeitig mit der Nachtristerne, und sie senkt sich auf unsere heißen Körper nieder und auch auf unsere hitzige Begeisterung. Man zittert. Man wartet. Die Dämmerung ist grau, dann wird sie schwarz. Die Nacht sperrt uns ein. Sie sperrt einen Jeden in seine unendliche Enghnis ein. Man schauert, und man sieht gar nichts mehr. Raum folge ich diesem dunkleren Gewimmel, diesem Wirrwarr der Stimmen, und dem Tabakqualm, der unter dem Hölendache brodelte. Hier und da nur das Aufblitzen eines Hündchleins, hier und da nur das rote Köpflein einer Zigarette, deren Brennen ein Gesicht er-

leuchtet. Man langweilt sich und ist ganz zerfchlagen vom Warten, und man wartet immer noch und man setzt sich endlich auf die Erde, und einer rückt an den anderen heran, und Nacht und Düsterei herrschen um einen festlichen.

Einige Stunden darauf kommt Feldwebel Marcaffin mit einer Laterne in der Hand. Mit freischwebender Stimme hält er Appell ab. Dann geht er wieder weg, und wir warten von neuem.

Mehrmals sind wir umsonst aufgesprungen, aber um 10 Uhr abends wird endlich der richtige Zug gemeldet. Schon starrt er von Menschen, er ist rot und schwarz, er ist vollgepöpst und es heult in ihm durcheinander. Der Zug bleibt stehen. Der Bahnhofsteig wird in eine Straße verwandelt. Man steigt ein, man sucht sich seinen Platz. Beim Licht der Laternen, die hier und da herumtanzen, entziffert man Zeichnungen und Aufschriften an den Eisenbahnwagen. Da sind Schweineköpfe mit Bidelhauben, da ist eine Inschrift: „Nach Berlin!“ Das ist ungefähr die einzige Begrüßung, die man in Erfahrung bringen kann. Der Zug fährt ab.

Wir drängen uns an die Fenster, um hinauszublicken. Wir spähen zum Brückenübergang hinunter. Vielleicht bliden uns dort noch die Menschen nach, in deren Kreise wir solange gelebt haben. Aber das Auge kann nur noch ein unbestimmtes Gegeistere wahrnehmen, das mit der Natur vermischt und verwachsen ist. Nun sind wir ganz blind, und ein jeder sinkt auf seinen Platz zurück.

Das Rollen der Eisenbahn hämmert uns in seinen Takt hinein. Man rückt sich zurecht, man rüftet sich zur Nacht, man raudt, man trinkt, man spricht. Dies Eisenbahnrausch, das ichleucht erleuchtet und raudfahrl durchschnebelt ist, ähneln einem Kneipenwinkel, der irgendwo losgelöst worden ist, um irgendwohin fortgetragen zu werden nach dem Unbekannten.

Durch das Rollen der Räder des Zuges raunen einige redende Stimmen. Meine Nachbarn sprechen von der Landwirtschaft, von Sonnenschein und Regen. Andere sind Spahbögel, die sich gern als Porzifer Pflänzchen fühlten, sie sprechen von ihren Bekannten und besonders von Lingelangelgrößen. Andere haben sich schlecht und recht auf dem Boden ausgestreckt und schlafen. Sie schlafen mit offenem Munde und murmeln etwas. Und das Rädergestampfe schießt sie, ohne daß die Starrheit von ihnen abfällt. Ich durchwandere im Geiste noch einmal die Einzelheiten des letzten Tages und selbst die Erinnerung an die verfloffenen Zeiten, in denen sich gar nichts begeben hat.

(Fort) folgt

